

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurern, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibenspinnereien und Glasereien, für Gipser, Puzer, Stukkateure, Altpflasterer, Fliesenleger, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom **Deutschen Baugewerksbund** Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehnpaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abschläffen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreizehnpaltene Kleinzeile 3 M. Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 A.

Haltet der Gewerkschaft die Treue!

Viele deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen haben die Notwendigkeit der organisierten Gewerkschaftsarbeit immer noch nicht begriffen. Das beweist das Auf und Ab in den Mitgliederzahlen. Gar zu oft ist einer organisationsmüde. Er tritt aus unfer den fahrscheinigsten Gründen. Der eine erzählt, die Gewerkschaft habe „nichts gemacht“, für den andern hat die Geschichte „keinen Zweck“, der dritte stößt sich an den „hohen“ Beiträgen, dem vierten paßt die ganze Richtung nicht. Alles Ausreden jämmerlichster Art, ein Zeugnis für die gewerkschaftliche Unreife und mangelhafte Ueberzeugung des Organisationsmüden! Er begreift nicht — obwohl es das einfachste Rechnung der Welt ist — daß die Gewerkschaft nur so viel Stohkraft entwickeln kann, als ihr die Mitglieder geben; er weiß nicht, daß der hohe Beitrag die von den Unternehmern gefürchtetste Gewerkschaftswaffe ist. Denn dieser ist der unfehlbare Gradmesser nicht nur der Gewerkschaftskraft, sondern auch des Opfermuts jedes einzelnen. Der Organisationsverdrossene begreift nicht, daß nur die Gewerkschaftskraft es vermag, die Lebenslage der Arbeiter zu heben oder Lohnverschlechterungen abzuwehren. Und dies, obwohl an jedem Tage die Unternehmer in die Welt hinausstreuen, die Gewerkschaften hätten seit der Revolution einen geradezu unerhörten Einfluß auf die Reichsregierung ausgeübt, die Unternehmer seien es, die sich immer fügen müßten, die Gewerkschaften brächten durch ihre „unvergleichlichen“ Lohnforderungen die deutsche Wirtschaft auf den Hund.

Genau betrachtet, sinnen mit solchen Behauptungen die Unternehmer den Gewerkschaften höchstes Lob. Das sollte aber auch jedem Arbeiter zu denken geben. Und er möge außerdem noch folgendes beachten: Obwohl mit solchen Ausprüchen indirekt zugegeben wird, die Gewerkschaften wirkten trotz starker Unternehmerorganisationen stetig, emsig und erfolgreich für das Wohl der Arbeiterklasse, womit die Erfolge der Unternehmerorganisationen in diesen Kämpfen recht fragwürdig erscheinen, so wendet dennoch kein Unternehmer seiner Organisation den Rücken. Oder hat schon je ein Arbeiter gehört, ein Unternehmer sei deshalb aus seiner Organisation getreten, weil ihm der Beitrag zu hoch sei, oder weil seine Gewerkschaft nichts für ihn täte, oder weil es nicht gelungen sei, beim letzten Lohnkampf die Arbeiter niederzuknüppeln?

Das hört man von jener Seite nicht. Starr und zäh stehen die Unternehmer zu ihrer Organisation. Warum? Weil sie begriffen haben, daß die Vereinzelung ihrer Profittreiben beeinträchtigen würde, obwohl jeder Unternehmer, als Einzelkaff betrachtet, weit mehr Wirtschaftskraft entwickeln kann, als ein einzelner Arbeiter. Und obwohl die Unternehmer behaupten, sechs volle Jahre unter dem Druck der Gewerkschaften gestanden zu haben — keiner trifft aus, keiner sagt, die Unternehmergewerkschaft habe keinen Zweck!

Das ist es eben: Der Unternehmer kehrt höchstens dann seiner Organisation den Rücken, wenn er sich allein stark genug fühlt, ohne jede Hilfe die Löhne der bei ihm Beschäftigten drücken, ihre Arbeitszeit nach Belieben verlängern zu können. Und was beobachtet man im Arbeiterlager? Das gerade Gegenteil: Nicht die lassen die Organisation fahren, die in volter höchster Tüchtigkeit und Intelligenz unter Umständen ohne Organisation einen anständigen Lohn ertingen könnten, sondern gerade jene, die sich zu schwach fühlen, um auf eigene Faust ihr Schicksal schmieden zu können.

Was ist es also, das vielen Arbeitern die Veranlassung gibt, die Organisation, dieses schützende Dach Gleichstrebender, als Laubenschlag zu betrachten und ihr bei jeder Gelegenheit die Treue aufzukündigen? Entweder Dummheit, Denkräpheit oder Gleichgültigkeit. Vielfach wächst dies alles auf dem gleichen Boden. Allerdings, wer noch zu dumm ist, der kann aufgeklärt, wer frage ist, ausgerüttelt werden. Und auch die Mühe der Gleichgültigkeit kann manchem vom Kopfe gerissen werden, wenn man ihm gleich den Dummten und Trägen zeigt, wie schwach der einzelne, wie stark die Gesamtheit ist. Die schlimmsten Feinde der eigenen Klasse sind jedoch jene, die die Notwendigkeit der Gewerkschaft einsehen, aber trotzdem der Organisation die Gefolgshaft kündigen in der Annahme, das, was die Gewerkschaft erringt, müsse auch ihnen ohne jedes persönliche Opfer zufallen. Das sind die Marodeure der Gewerkschaftsbewegung, das sind jene, die ernten wollen, wo andere gesät, die stehlen wollen das bessere Gut, das andere geschaffen. Solchen verächtlichen Gesellen schärfster Kampf! Denn sie sind bewußte Saboteure der eigenen Arbeiterinteressen.

Euch Arbeitern, Euch Kollegen des Baugewerksbundes aber sei zugerufen: Liberall, wo sich Organisationsverdrossenheit zeigt, da bekämpft diesen schlechten Arbeitergeist! Denn er zeugt von Dummheit, Interesslosigkeit, Gleichgültigkeit, Opferunwillen und Unsolidarität. Nur fide Ausreden sind es, die solche treulosen Fahnenflüchtigen gebrauchen, um sich um die notwendigen Gewerkschaftsopfer herumzudrücken. Sie wollen entweder a d e r e für sich arbeiten lassen oder sie haben noch nicht begriffen, was der Arbeiterklasse nottut. Bekämpft einen solchen Ungeist mit allen Euch zu Gebote stehenden Mitteln, schmiedet mit edstem Gewerkschafts- und Gemeinamkeitsgeist zusammen das starke Band der Organisation! Lernet von den Unternehmern! Jeder zur Stelle, um die Kraft und Stärke unferes Baugewerksbundes zu erhöhen! Große Aufgaben stehen uns bevor, Gefahren drohen ringsum. Wir werden die letzteren bannen und die ersteren erfüllen, wenn wir unfern Bund so stark wie möglich machen! Nur Einigkeit, Geschlossenheit, Gewerkschaftstreue und Opferinn-fähren zum Ziel. Dafür tretet ein zu jeder Stunde!

Planwirtschaft im Kapitalismus.

Während des Krieges hatten wir die zentrale Verwaltung in den meisten kriegsnotwendigen Produktionszweigen. Wenn auch diese zentrale Verwaltung mit Unrecht als „Kriegssozialismus“ bezeichnet wurde, so stellte sie dennoch eine von zentralen Stellen geleitete Planwirtschaft dar. Nach dem Kriege wurde die Zwangswirtschaft abgehandelt. Man soll aber nicht glauben, daß damit auch der Gedanke der Planwirtschaft selbst begraben worden sei. Diese ist in anderer Form innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft vielfach vorhanden, teils noch in Plänen, teils in Anhängen, teils aber auch in der lebendigen Wirtschaft. Allerdings bietet sie noch ein buntes, vorläufig ungenügend zusammenhängendes Bild. Hier wird von ihr die Landwirtschaft, dort die Industrie ergriffen. Hier erstreckt sie sich auf die Erzeugung, dort auf die Verteilung der Produkte. Hier hat sie eine Richtung nach der Gemeinwirtschaft hin, dort ist sie noch gänzlich privat- oder monopolpolitisch gerichtet. Trotzdem kann man wohl in solchen Fällen von Planwirtschaft reden, wo über Produktion und Verteilung nicht mehr der auf sich gestellte vereinzelte Produzent, sondern ein anderer Faktor zu entscheidenden Worten gerät: Der Staat oder die Vereinigung der Produzenten selbst oder aber eine andere Instanz. Die planwirtschaftlichen Anläufe sind auf die Veranwortung verschiedener Fragen gerichtet: Wer produziert dort (Ansehe unter den Produzenten), welche Mengen erzeugt werden sollen (Mengenlenkung der Produktion und Preisfestsetzung), welche Qualitäten produziert werden dürfen (Standardisierung), wie die Verwertung der Produkte erfolgen soll (Ausgleich: Verwertung).

Wenn man die Träger dieser planwirtschaftlichen Anläufe innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft verschieden. Der Staat, der während des Krieges alleiniger Träger der Plan-

wirtschaft war, ist in der Nachkriegszeit zurückgetreten und trägt zumeist nur mittelbar zur Herstellung planwirtschaftlicher Gebilde bei. Außerdem paßt der Staat auch unmittelbar an der Ausgestaltung der Planwirtschaft teilzunehmen. Es gibt immer noch staatlich betriebene Produktionsstätten (zum Beispiel Deutsches Stahlwerk), die Erzeugung von Eisenproduktion auf den japanischen Inseln ist durch staatliche Gelehe bestimmt (Stephanon-System); die Verwertung des brasilianischen Kaffees durch Aktion der brasilianischen Regierung (Kaffeevalorisation) usw. Besonders weitgehend ist das Bundesgesetz von 1922 in den Vereinigten Staaten und die Gelehe der einzelnen Gouverneuren für die Staatseinkauf der landwirtschaftlichen Produkte. Für alle auf die Märkte kommenden Erzeugnisse werden Preisobergrenzen festgesetzt, unter denen sie nicht erzeugt, verkauft, verpackt und verkauft werden dürfen. Damit wirkt das Gesetz, das die Inflation durch besondere Deante und die Ausweitung von Preisen durch die landwirtschaftlichen Produkte hin. Man darf in dieser Gesetzgebung einen nicht unbedeutenden Akt in der Richtung der Planwirtschaft erblicken.

Wichtiger aber als die Rolle des Staates ist die der anderen Faktoren der Planwirtschaft im Kapitalismus. Man noch bei der Landwirtschaft zu bleiben, so soll hier in erster Linie die gemeinliche Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte durch Großgenossenschaften erwähnt werden. Diese sind in den letzten Jahren in den Vereinigten Staaten für die Verwertung von Getreide in riesigem Umfang entstanden. Ihre Bedeutung liegt, wie Norman Angell in „New Leader“ jüngst treffend entwickelt hat, in der Abwehr der Abhängigkeit von Monopollieferanten, Großhändlern und Händlern. Norman Angell sieht als ausführend für diese Genossenschaften die Ausschaltung kapitalistischer Abhängigkeitsverhältnisse des Produktionsmittel-einkaufes, der Kreditbeschaffung und des gesamten Absatzes, die Anläufe zur gemeinwirtschaftlichen Organisation der Landwirtschaft, die schließlich dahin führen sollen, mit Hilfe streifer genossenschaftlicher Organisation auch den Produktionsumfang mehr dem Bedarf anzupassen, als es heute bei der Vereinzelung der Produzenten möglich ist.

Auf dem Gebiete der industriellen Produktion sehen wir die Kartelle und Trusts. Können diese Einrichtungen als planwirtschaftliche betrachtet werden? Darauf läßt sich schwer eine eindeutige Antwort geben. In sich können große Monopolorganisationen den Markt besser überblicken als alleinstehende Produzenten, sie wären daher besser geeignet, einen Ueberproduktion, die bald zur Krise führen kann, vorzubeugen, als der isolierte Produzent. Wäre doch die Verfürgung der Kräfte der vornehmliche Sinn einer Planwirtschaft im Kapitalismus. Indessen vermöchten die Kartelle und Trusts bisher nicht, die Kräfte zu verhalten, weil sie die Regelung des Marktes nur aus dem Gesichtspunkt ihres Gewinns zu berechnen vornehmen und ihre Preispolitik deshalb nicht im Einklang mit den Marktwirtschaftlichen Gesetzen. Sie können zwar in gewissen Grade — wie Professor Sedgwick in „The Economic Journal“ jüngst treffend hervorgehoben — ausführend die strengen Vorschriften der Kräfte durch Produktionsbegrenzung für sich selbst ausführen, aber sie können nur die Verlegenheiten für jene Industrien, die sich nicht organisieren können, wie namentlich die gestillten Fertigungsstätten. Trotzdem sehen wir zum Beispiel in den Vereinigten Staaten, daß dort die großen Trusts der Schwerindustrie bis zu einem gewissen Grade auch Planwirtschaft üben, indem sie in der Einnahme der Bestellungen den Marktverhältnissen Rechnung tragen. Damit soll aber die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gefahren dieser monopolkapitalistischen Organisation nicht ausgeglet werden; handelt es sich hier doch nur um ihre Bedeutung für eine kapitalistische Planwirtschaft.

Viel wichtiger kann die Rolle der Zentralbanken, der kreditpolitischen Zentralstellen der Länder für die Regelung der Wirtschaft werden. Was auf diesem Gebiete vorhanden ist, sind zumeist nur Pläne, die allein von der amerikanischen Zentralbank (Federal Reserve Board) bis zu einem gewissen Grade in die Wirklichkeit umgesetzt wurden. Bei diesen Plänen handelt es sich um nichts weniger, als daß das Schicksal der Industrien und die Entscheidung über Produktionsrichtung, Produktionsmittel und Verteilung des Produktionsertrages in den Einflußkreis der kreditpolitischen Zentralstelle gezogen werden sollen. Die Einkommen der übertragenden Rolle des Kredits in der Gestaltung der Produktion und in der Herbeiführung von Konsumtionen und Kräfte durch Veränderungen des Geldwertes, die sich auf Kreditverwertung oder Kreditverwertung stützen, führen zu, daß der kreditpolitischen Zentralstelle eine reiche Rolle bei der Lenkung der Wirtschaft zugeteilt wurde. Es soll aus der Zentralbank, wie der englische Wirtschaftswissenschaftler Keynes es fordert, ein fester und wirksames Instrument der Wirtschaft geschmiedet werden. Der der geltenden Rolle der Zentralbank soll nach die von dem vertriebenen Kapitalismus

zu ihrem Rechte kommen, daß der Produktionsfortschritt immer weniger Sache der starken Persönlichkeit und immer mehr mechanische und reibungslose Lenkung und richtiger Erkenntnis in praktischer Methodik zu werden braucht. Deshalb legt Keynes auf die Freiheit privater Initiative nicht mehr viel Gewicht. Die Rolle des Unternehmens scheint ihm nicht ausgeblendet, wohl aber in immer weitergehender Einschränkung begriffen.

Zum Schluß soll auf das großzügige Schauspiel hingewiesen werden, das sich gegenwärtig in Deutschland vor unseren Augen abspielt. Die Stabilisierungstriebe mit ihrer Kreditkraft hat die Wirtschaftsmacht von der Industrie in die Hand der Banken gelegt. Die großen Industrietongere sind erschüttert und brauchen die Unterstützung der Banken. Indem Banken und dürfen nicht sämtliche Unternehmen über Wasser gehalten werden. Ein Ausleseprozeß, der darüber entscheidet, wer bestehen bleiben soll, ist unvermeidlich. Es sind nun die Banken, die ganz benutzt und beabsichtigt diese Auslese treffen. Von ihrer Entscheidung hängt das Schicksal der Unternehmen ab. Ihre Rolle ist daher eine unerbittlich größere als in früherer Zeit, wo sie durch Erhöhung oder Senkung des Zinsfußes, durch Erweiterung oder Drosselung des Kredites nur allgemeine Wirkungen hervorriefen. Jetzt wurden sie — wie Professor Lederer im „Magazin der Wirtschaft“ (Heft 24) ausführlich — Träger einer Weltwirtschaft, die ins Ganze wirkt, im Gegensatz zu den starren und Trübsis, die immer nur beschränkte Zeitgebiete erfassen und auf die Fernwirkungen ihrer Politik gar keinen Einfluß mehr zu üben imstande sind. Die Verantwortung für die Gestaltung der Konjunktur ist immer mehr auf die Banken übergegangen. Diese ungeheure Macht der Banken bringt aber eine Anzahl von Fragen ins Bewußtsein, wozu Professor Lederer die wichtigsten folgendermaßen formuliert: „Sind die Banken imstande, die von ihnen heute zwingend übernommene Aufgabe zu lösen? Haben sie den genauen Einblick in das Wirtschaftsgeschehen, der dazu gehört? Sind sie sich über alle Wirkungen ihres Tuns im klaren? Und endlich: Wenn auf diese Art, ziemlich übertragend, eine Art Weltwirtschaft, von privaten Kräften geleitet, aufgebaut wird, ist es richtig und ist es möglich, diese Weltwirtschaft als private Betrieben zu lassen, ohne jede gesellschaftliche Kontrolle? Muß nicht die Lenkung der ganzen Volkswirtschaft, wenn sie überhaupt möglich ist, von Wächtern ausübt werden, die der Kontrolle der Gesellschaft unterliegen? Die Fragen stellen, heißt bereits sie beantworten.“

Wahlführerbewegung und Gewerkschaften.

In der Heberichs' Wirtschaftsjahresbericht der Gewerkschaften“ enthält Heft 9 der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Zeitschrift „Die Arbeit“ vom 15. September 1925 einen sehr interessanten Artikel vom Vorsitzenden des IFA-Bundes, R. Aufhäuser, der sich besonders mit unserer Wahlführerbewegung beschäftigt und den wir deshalb nachstehend im Auszug wiedergeben. Aufhäuser geht einleitend von der verbraucherfeindlichen Wirtschaftspolitik aus wie sie in letzter Zeit in Deutschland betrieben wird, und fährt dann fort:

„Die ökonomischen Triekräfte der Arbeiterbewegung können nur und müssen die Gewerkschaften sein. Vielleicht neigt gerade heute mancher Arbeiter zu der Auffassung, daß der schärfste Widerstand die einzig gebotene Antwort auf jene verbraucherfeindliche Wirtschaftspolitik sein müsse. Und das wäre es verfehlt, wollten sich die Gewerkschaften gerade jetzt in Wehrkämpfen allein erschöpfen. So dringlich diese Maßnahmen heute sind, so richtig ist es aber auch, bei der Stell-

stellung unserer Politik für die gemeinschaftliche Tagespolitik das Endziel nicht aus dem Auge zu verlieren. Der Einfluß der anderen auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik macht Schwerkünsten immer wieder unwirksam. Wir kommen dem Endziel der Arbeiterbewegung nur näher, wenn wir beharrlich versuchen, in die kapitalistische Wirtschaft einzudringen und sie in wachsendem Maße zu durchdringen.“

Bei der Prüfung der hier anzuschlagenden Politik ist es möglich, nur richtiggebende Betrachtungen anzustellen. Wir wissen, daß die Sozialisierung durch Gesetz nicht gelingen ist, und es ist keine Tat, jahrelang nach „Schuldigen“ zu suchen. Es wäre aber eine Tat, heute entschlossen den Weg der Arbeiter zur Wirtschaft zu beschreiten, ohne dabei noch länger auf die gezielte Hilfe des Staates zu hoffen.“

Die Erfolge der deutschen Gewerkschaften lagen allezeit auf dem Wege der organisierten Selbsthilfe. Der Wegweiser für das Eindringen in die Wirtschaft zeigt in dieselbe Richtung. Wenn es möglich war, daß 5 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, durch ihre Zahl und solidarisch vereint, das Lebensgefühl des Kapitalisten gegen den einzelnen Arbeiter auszugleichen vermochten, dann dürfte es nicht unmöglich sein, mit dieser Masse von Organisierten auch das finanzielle Mittel zu schaffen, um in der kapitalistischen Wirtschaft Fuß fassen zu können. Es genügt eben nicht, für die Demokratisierung der Wirtschaft zu kämpfen, wenn man darauf verzichtet, die heutigen Besitzverhältnisse zu ändern. Hier bedürfen die Gewerkschaften zur Erfüllung ihrer großen Aufgabe einer beweglichen Politik. Sie können ihre Anhänger nicht lediglich auf eine kommende Weltrevolution berufen; sie müssen den Endziel und Tagespolitik miteinander in Einklang bringen. Die Veränderung der Besitzverhältnisse sollte aus der theoretischen Diskussion des Zukunftsstaates auch in die Politik unserer gewerkschaftlichen Tagesarbeit einbezogen werden.“

Die Gründung und Entwicklung des Verbandes sozialer Baubetriebe könnte hier vorbildlich wirken. Hier ist durch Selbsthilfe, ohne staatliche Sozialisierung, in eine durchaus kapitalistisch geartete Industrie sichtbar Verträge eingeleitet worden. Es mag lehrreich klingen, aber hat in diesem Falle nicht der „Massenkapitalismus“ der kleinen organisierten Arbeiter und Angestellten einen klugen Konkurrenzkampf mit den Privatkapitalisten des Baugewerbes erfolgreich aufgenommen? Es mag zugegeben werden, daß die Voraussetzungen in den Gewerbe- und Industriezweigen recht verschieden liegen. Es kann aber nicht zugegeben werden, daß das Baugewerbe das einzige ist, das ähnliche Möglichkeiten eines Eindringens der Arbeiterbewegung in die heutige Wirtschaft bietet.“

Zunächst aber kommt es darauf an, die Millionen der Gewerkschaftsmitglieder überhaupt erst einmal für den Gedanken zu gewinnen, den die Kollegen im Baugewerbe schon verwirklicht haben. Es genügt nicht, ständig nach gesteigerter Aktivität der Gewerkschaften zur Erhöhung unserer Macht in der Wirtschaft zu rufen. Wenn irgendwo, so mußte es hier geschehen sein, an eine erhöhte Opferbereitschaft der fünf Millionen zu appellieren.“

Der Verband sozialer Baubetriebe dient nicht nur den Baugewerkschaften. Der verlässliche Wohnungsbau wird allen Arbeitern und Angestellten zugute kommen, ganz abgesehen davon, daß von der Belebung des Baumarcktes andere Industriezweige zu erwarten haben. Darum können

die sozialen Baubetriebe auch von den Gewerkschaften außerhalb des Baugewerbes Förderung erwarten. Darüber hinaus aber ist es dringlich geboten, daß sich die ganze Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenpolitik den im Baugewerbe bereits verwirklichten Gedanken für die ganze Wirtschaft zu eigen macht.“

Die Bauarbeiter entrichten seit einigen Jahren einen besonderen „Sozialisierungsbeitrag“ zur Stärkung ihrer sozialen Baubetriebe, das heißt, sie bringen für diese Aufgabe ihrer Gewerkschaft besondere und erhebliche finanzielle Mittel auf. Man kann über die Form solcher Beitragszuschläge verschiedene Meinungen sein, und das Ziel ist zu hoch, um an irgendeiner Form hängen zu bleiben. Ob Extrabeitrag oder nicht, mag späterer Erörterung vorbehalten bleiben. In der geltenden Finanzgebarung der Gewerkschaften ist bis jetzt eine wirtschaftliche Betätigung, wie sie der Baugewerkschaft gefördert hat, jedenfalls nicht gegeben. Diese Idee auszuführen, müßte gemeinsame Aufgabe der Gesamtheit der freien Gewerkschaften sein. Es ist bezeichnend, an die Gewerkschaften heute mit diesem, morgen mit jenem wirtschaftlichen Beschäftigungsprojekt heranzutreten, solange der hier nötige, aber auch durchaus mögliche Wirtschaftsfonds nicht geschaffen wird. Die Vermögensbestände, die der Arbeiterbank von den Gewerkschaften zur Verwaltung übergeben sind, können nicht als ein solcher Fonds angesehen werden. Der Wirtschaftsfonds der freien Gewerkschaften ist noch nicht vorhanden. Ihn bald, ausreichend und ausbreitend zu schaffen, ist nur eine Frage des Willens. Fünf Millionen Organisierte sind befähigt, auch auf diesem Gebiet eine große Macht zu werden.“

Von der Pfändung des Arbeitslohns.

Die Reichsverordnung vom 7. Januar 1924 über Lohn- und Gehaltspfändung hat die frühere Bestimmung, die den pfändungsfreien Teil des Arbeitslohnes nach einem Jahresbetrage festsetzte, abgeändert. Nunmehr ist der Arbeitslohn bis zur Summe von 30 Goldmark (Weichmark) für die Woche und, soweit er diesen Betrag übersteigt, auf einen Drittel des Mehrbetrages der Pfändung nicht unterworfen.

Der pfändungsfreie Teil des Mehrbetrages erhöht sich, wenn der Schuldner seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, Verwandten oder unehelichen Kinde Unterhalt zu gewähren hat, für jede Person der Unterhalt zu gewähren ist, um ein Schefjel, höchstens jedoch auf zwei Drittel des Mehrbetrages. Das bedeutet, daß bei einem berechneten Arbeiter außer der Ehefrau nur noch ein Kind bei der Erhöhung des pfändungsfreien Teiles den Betrag von 30 M übersteigenden Wochenlohnes berücksichtigen wird. Denn ein Drittel jenes überschreitenden Betrages ist ja demnach bereits pfändungsfrei; je ein Schefjel für Ehefrau und ein Kind machen das zweite Drittel aus.

Ein Beispiel: Der Wochenlohn beträgt 86 M. Davon unterliegen der Beschlagnahme und Pfändung nicht 30 M und zwei Drittel von 6 M = 4 M, also 34 M. Der übrige Betrag von 52 M ist bereits bei einem Wochenlohn von 36 M zwei Mark mit Beschlag belegt, und zwar ohne Rücksicht auf die Größe der Kinderzahl.

Dazu ist zu sagen: Bereits durch eine Bekanntmachung des früheren Bundesrats vom 17. Mai 1915 wurde die bis dahin auf 1500 M festgesetzte Freigrenze für Lohnpfändung auf 2000 M Jahresarbeitsverdienst erhöht, so daß schon damals grundmäßig ein Wochenarbeitsverdienst von (2000 : 62) 32,5 M der Beschlagnahme und Pfändung entzogen war. Dabei war die Kaufkraft des Geldes

Der römische Ziegelstein.

Ich bin der Ziegelstein. Römisch, der altromische Ziegelstein bin ich, seit zehnjährigen Jahre alt. In der Länge meine ich einen Schuh, in der Breite einen halben Schuh, meine Größe ist wie ein gewöhnlicher Nagel von einer guten Manneshand.

Wenn ich auch allgemeinhin schweigam bin, so will ich heute doch einmal etwas erzählen, und zwar mein eigenes Schicksal. Eingeregnet bin ich dazu durch die Sprache des Volkstümlichen, der durch die Romanenbauweise führt und über den Schicksal bin gelbes und braunes Band streut. So, ich sitze in einer Mauer an einem Schulgebäude, mit einem Acker herbe ich in die Schulkasse hinein, mit dem anderen Acker herbe ich hinein in die hundert Welt — ich bin halb denken und halb drücken, und dennoch bin ich kein Zwitzer, sondern ein schön-ediges Ganzes, meine Würde: Ich bin der altromische Ziegelstein!

Meine Urstoffe stammen von der Urzeit her, meine ältesten Vorfahren waren Gesteine, schöne braune Rinde, die Gestein germaute meine Vorfahren, gewaltige Gesteinshörner letzten meine Urstoffe in einer Gebirgsmaude als Schlamm ab — nach und nach ward ich Ton.

Mittigstausend Jahre gingen ins Land, meine Urstoffe warteten sehnsüchtig auf einen Erfüllungstag — und der kam: als Menschenhand.

Römisch, ich! der altromische Ziegelstein, ging aus den Händen des Schöpfers Mensch hervor. Ich bin stolz darauf, und wenn jemand auf meinen Buckel schauen könnte, dann würde er bei lesen:

Legione Ceres
Colonia Agrippina.

Ja, ich bin ein Soldatenkind. Soldaten der römischen Legion Ceres haben mich geformt und geformt, in der Colonia Agrippina. Die heute ward ich also unter der Regierung der römischen Kaiserin Agrippina, die letzte am Rhein eine römische Legion ein und — das das alles ist nicht leicht. Mein eigenes Schicksal wollte ich erzählen. Wie kam ich aus Soldatenhand? Römisch in eine Mauer — ein Mann kannte keine Mauer mehr. So da als ich in die Mauer kam, sah ich, wie römische Armeen durchzogen, die ich sah, wie römische Germanen von den Soldaten der Legion getötet wurden, weil sie sich vor der römischen Mauer nicht wehren wollten. Ich habe aber auch viele römische Soldaten gesehen, die von den Germanen getötet wurden, weil sie sich nicht wehren wollten, und germanische Soldaten, die über die Germanen und die Soldaten

Es kam dann bald eine rauhe Kriegszeit. Jeder den Rhein stürmen germanische Völker, sie erfüllten die römische Kolonie, Feuer überbrachte römisch, und von der Colonia Agrippina blieb nur übrig, was feiner war; dazu gehörte natürlich auch ich, der schöne edige Ziegelstein!

Jahrbunderte sprangen eisig durchs Land, es gab Dantes und Schönes, Parties und Trauriges zu sehen. Schließlich kamen Männer in braunen langen Kleidern, sie riefen mich mit meinen Geschwister aus der Mauer heraus, diese Männer waren Mönche. Sie erbauten aus uns altromische Ziegelsteine ein Kloster. Im Kloster ging es erst wildig und sehr ernst zu: arme und besorgte Menschen fanden bei den Mönchen Schutz und Hilfe — das ging wieder so einige Jahrhunderte hin; da änderte sich langsam das Verhalten der Mönche; aus Freunden der Menschen wurden sie zu Feinden der Menschen: sie erwarteten aus armen Bauern den „Klosterzehnten“, das waren harte Steuern, sie verfolgten die schönen Jungfrauen, sie leerten Weinfäß und Weinfaß, sie wurden schließlich selber dicke feste Weinfässer. Und ihr dicker Mundspan ward so etwas wie ein König, er herrschte über Land und Strom, über „Untertanen“ und über „Leibeigene“, er nannte sich Fürst von Köllen. Er trug einen goldenen Hut, oben drauf prunkte ein Kreuz aus Furchen und Zapfen. Die waren „höfliche“ Gelehrte, es lebte aber ein wenig Witz daran.

Wieder sprangen die Zeiten eisig über den Rhein und durchs Land. Da kam nach vielen Jahrhunderten von Süden herauf ein kleiner Mann gezogen, ein kleiner, großer Mann, der hieß Napoleon. Mit ihm ging eine Million Soldaten. Dieser Napoleon hatte ein großes Ziel, er wollte die „Kerzigenen Staaten von Europa“ schaffen. Freiheit für alle Völker! — so stand es auf seinen Kriegsfahnen.

Dieser Napoleon war kein Freund der Mönche, er hob alle Klöster auf und eines Tages sah man uns altromische Ziegelsteine aus der Klostermauer heraus, man lud uns auf einen Wagen und fuhr uns ein gut Stück fort, dann lud man uns vom Wagen wieder ab. Wir belamen ein schönes neues Bett aus weißem Märl — fuhr und wir, wir kamen in der Mauer eines Schulgebäudes, also ich heute noch sitze. Der Napoleon meinte es wohl ganz gut, aber auf der Höhe seiner Erfolge ward er sein Ziel aus dem Auge, der Freiheitmann in ihm ward ein Tyrann. Statt Völker zu befreien, vergewaltigte er sie. Die Völker standen gegen ihn auf und schlugen ihn mit all seinen Soldaten aus dem Lande. Die herrschende Gewalt unterliegt immer einer neueren Gewalt! Das habe ich in meinem langen Leben längst herausgefunden.

Ich sah nun also in einer Schule. Mit einem Ohr horchte ich in die Schulkasse hinein. Da hörte ich nun so manches von „Ordnung“, von „angestammten Fürstentümern“, von „Pflichten“, von „Gehorsam“ — eigenartig! Von Rechten sprach man nie zu den Schulkindern. Sie verstanden sich nicht auf nichts mehr, vor lauter eingepulvert „Unterrichtlichkeit“ wurden sie so dumme wie die Schafe, die da im Sommer das grüne Gras am Solgatter des Schulhofes abtrahen.

Kriege kamen und gingen. Das Volk ließ sich „gehorsam“ abklären, so wie „eine“ Fürsten es befohlen. Dann aber kam ein Tag, wo das Volk nicht mehr wollte; Sturm ging durchs Land, und eines Mittags wies auf dem Schulgebäude eine rote Fahne, das war schon! Das war, als ob sich die Morgenjonne auf dem Schulgebäude niederlassen hatte, wie eine riesige rote Rose prunkte die rote Fahne über dem Schulgebäude, und das Volk rief: Freiheit! Freiheit! Arbeit!

Es ging ein neuer Zug durch die Schulkasse hin, es war weniger von Pflichten die Rede, aber mehr von Rechten. Ich hörte so manches von einer Verfassung aus Weimar. Dies hörte ich auch: „Alle Macht geht aus vom arbeitenden Volk.“

Aber ach, es kam bald wieder ein anderer Wind. In der Schulkasse liegungen die Lehrer wieder mit der alten „Herrlichkeit“ aus der Fürstentum. Man triebert den Kindern statt Rechtsbewußtsein wieder Gehorsam ein — fuzun, statt vorwärts zu freieren, schreit die Schule wieder rückwärts. Und ich sah es neulich ganz deutlich — es war zwischen Tag und Dunkelheit — da suchte ein schwarzes Geheiß durch die Schulkasse hin, das sah aus wie die Zeit des „Untertanentums und der Kirchenaufsicht“.

Ich, mit den Menschen geht es wieder rückwärts, sie machen wohl einen Sprung vor — aber dann — — — aber dann — — — Doch das geht da mich an! Die Menschen mügen mit ihrem eigenen Schicksal selber fertig werden, so wie ich fertig ward mit dem meinen . . .

Ich habe gesprochen. Jetzt werde ich ein Jahrhundert schweigen. Werden die Menschen wieder frei sein, dann werde ich wieder reden. Ich! der altromische Ziegelstein aus der Colonia Agrippina, ich bin stolz auf meine Freiheit, über den Schulhof hin streut der Sturm gelbe, braune und rote Blätter. Dort kommt ein alter Mann mit Taub und Weisen, er leht die Freiheitstropfen zusammen, vielleicht kommen sie dann als Streu bei die Säue. Auf Freiheit wird — Mist. Mag Dort u.

jeinerzeit wesentlich höher als heute. Eine Heraushebung der Freizugene erscheint deshalb höchst notwendig.

Zu beachten ist noch, daß nach den noch heute geltenden Bestimmungen des Lohnbeschlagnahmegesetzes vom Jahre 1890 eine Freizugene für die Weichselnähme und Pfändung des Arbeitslohnes nicht besteht, wenn es sich um die Bezahlung der direkten persönlichen Staatssteuern und Kommunalabgaben (Abgaben an Kreis-, Kirchen-, Schul- und sonstige Kommunalverbände mit eingeschlossen) handelt, soweit diese Steuern und Abgaben nicht länger als seit drei Monaten fällig geworden sind.

Bei Unterhaltsansprüchen an Ehepartner und Kinder soll eine Weichselnähme des Arbeitslohnes insoweit nicht geschehen, als der Schuldner seiner zur Bezahlung seines „notwendigen“ Unterhaltes und zur Erfüllung der ihm seiner Vermögen, seiner Ehefrau oder seiner früheren Ehefrau gegenüber gesetzlich obliegenden Unterhaltspflicht bedarf.

Unbeschadet der für Weichselnähme und Pfändung wird der Arbeitslohn, wenn er nicht spätestens am Fälligkeitstage eingezogen ist, dagegen ist, insoweit eine Weichselnähme und Pfändung unzulässig ist, auch jede Verfügung durch Abtretung, Umweisung, Verpfändung oder durch ein anderes Rechtsgeschäft ohne rechtliche Wirkung. Verboten ist nach § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches auch eine „Aufrechnung“ unpfändbarer Lohnrechte gegenüber etwaigen Forderungen des Unternehmers. Auch die Ausübung des Zurückbehaltungsrechts nach § 273 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist gegenüber unpfändbaren Lohnforderungen für unzulässig erklärt, wenn die Zurückbehaltung, was regelmäßig der Fall sein wird, nur „Aufrechnung“ darstellt.

Der Wrotwucher.

In den letzten Monaten sind die Getreidepreise infolge der außerordentlich guten Ernte und trotz der deutlichen Agrarhilfe auch in Deutschland ganz bedeutend zurückgegangen. Der Roggenpreis hat sich je Tonne um 70 bis 80 M und der Weizenpreis je Zentner um 10 M gesenkt. Dagegen blieb der Wrotpreis so gut wie unverändert. Allerdings hat sich die Regierung im Rahmen ihrer berechtigten Preislenkungsaktion mit dieser Angelegenheit beschäftigt, das heißt sie setzte sich mit den diversen Ehrenobermeistern aus dem Bäckereigewerbe zusammen und ließ sich bei diesen Gelegenheiten üblichen blauen Dunst vormachen. Man einigte sich dann auch dahin, daß die Bäckereimeister dem gesunkenen Getreide- und Weizenpreis durch Erhöhung des Wrotpreises Rechnung tragen sollten. Von einer Senkung des Wrotpreises aber, die dem Käufer erst eine Kontrolle über die tatsächlich vorgenommene Preislenkung gegeben hätte, sah man unbegreiflicherweise ab. So hatte man mal wieder so getan, als ob man täte. Da aber nun jeder Käufer nicht eine Waage hat, um das ihm verkaufte Wrot im Gewicht nachprüfen zu können, öffnete die vorgenommene Regelung ohne Zweifel dem Wrotweg Tor und Tür. Die Wägereimeister im ganzen Reich haben auch durchweg nicht im Traum daran gedacht, die Preislenkung durch Erhöhung des Wrotpreises vorzunehmen.

In Wirklichkeit laten sie etwas ganz anderes. Sie nahmen von hinten herum eine Wrotpreiserhöhung vor. Die Berliner Polizei hat nämlich in 2000 Wägereien Stichproben vorgenommen, um festzustellen, inwieweit das Wrot der Regelung entsprechend, das vorgeschriebene Gewicht habe. Das Ergebnis dieser Stichproben ist einfach unerschmeckend. In 650 Fällen ergab sich ein Mindergewicht des Brotes und der Schrippen (Brotchen) in Höhe von 20, 25, 30 und mehr Prozent, das heißt die Wägereien haben, jezt nur selten Zeit, als man sich im Grunde mit der Preislenkung beschränkt, stillschweigend eine ganz empfindliche Wrotpreiserhöhung vorgenommen. Dieses Vorgehen ist um so unverständlicher, weil die Wägereimeister in letzter Zeit fast überall in der Hauptstadt schillerndes Brot liefern und vor allem reichlich nach Baden. Die Öffentlichkeit wird so von „ehrwürdigen“ Wägereimeistern regelrecht betrogen und betrogen. Außerdem liegen diese Tatsachen, in welchem Maße viele ehrsame Mitglieder der deutschen Volksgemeinschaft heute verunruhigt und demoralisiert sind. Dazu ist die Regierung nicht ganz unzulässig. Wenn sie in dem speziellen Fall der Wrotpreiserhöhung den Betrag durch die vorgenommene unzulässige Regelung vergrößert hat, so hat sie durch ihre standhafte Preispolitik, die den überfetzten und den Wägereimeistern zur Regel machte, die geschäftliche Verklumpung und Demoralisation geradezu gefördert.

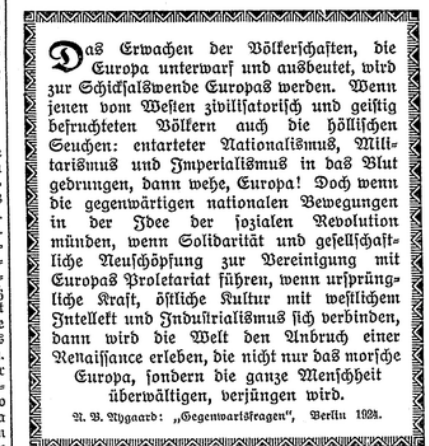
Der Öffentlichkeit hat sich, als das Ergebnis der polizeilichen Nachforschungen bekannt wurde, ein Sturm der Entrüstung bemächtigt. Mit Recht wurde die Entscheidung solcher betrügerischen Wägereien gefordert. Früher wurde der Wrotwucherer an den Pranger gestellt oder an die Sippe geschickt. Heute aber duldet und begünstigt man Wäucher und Wrotwucher und nennt das konsequente Mittelstandspolitik. Die Bureaukraten sitzen sorgenlos ihre weisen Häupter und überlegen an Sand von 101 Paragraphen, ob man gegen die betrügerischen Wägereimeister wegen Kreisverbreiter gerichtlich vorgehen soll. Indessen fallen die künstlich entworfenen Wägereimeister Protokollbestimmungen gegen das „wirtschaftsfeindliche Vorgehen der Polizei“ ab. Ehrenmeister und Ehrenobermeister legen im Verflucht getränkter Handverwunderte der Öffentlichkeit barflehend dar, daß sie Mindergewicht geben müssen, um existieren, das heißt um weiter technisch rückständig bleiben und am allabendlichen Stammtisch die bekannten Sprüche über die Korruption republikanischer Minister, die hohen Löhne im allgemeinen und die Begehrtheit der Wägereimeistern im besonderen kopfen zu können. Und einem etwaigen Prozeß wegen ihrer Wäucherhandeln sollen diese Herren mit aller Herzenslust entgegen. Diese Ruhe vor der deutschen Justiz ist allerdings durchaus gerechtfertigt.

Wohin soll das nun führen? Lohnforderungen werden heute abgelehnt. Aber Wucher und Wrotwucher werden im Handel zur Gewohnheit. Regierung und Justiz versagen den mit allen Civilen Angehörigen den Schutz. Dabei haben wir vor einem itzeren Winter mit steigenden Ar-

beitslosenziffern. Wenn die hungernden Massen, von Verzweiflung gepackt, zum äußersten getrieben werden, wenn die Fenster scheiben klirren, meint man dann, mit den Schießpulvern der Schupo der Dinge Herr werden zu können? Man würde dann allerdings Friedhofsrufe in Deutschland schaffen. Aber hinter dieser Bluse lauerte das Chaos und gähnt der Abgrund. Wir können den heutigen Wäucherhandeln in Deutschland nur immer wieder zurufen: Ihr seid gewarnt!

Der endgültige Reichswirtschaftsrat.

Der Entwurf für die Aufstellung eines endgültigen Reichswirtschaftsrates wird gegenwärtig durch den jetzt bestehenden vorläufigen Reichswirtschaftsrat, den der neue Entwurf folgt, behandelt. Das neue Gesetz wird eine Verfassungsänderung darstellen und kann daher nur mit Zweidrittelmehrheit des Reichstages beschlossen werden. Obwohl die ihm zugewiesenen Aufgaben wie seine Zusammensetzung sind anders, als es in der Verfassung vorgesehen war. Was seinen Aufgabenkreis anbelangt, so wird er im wesentlichen ein beratender Rat sein, Durchführung und Kontrolle von Wirtschaftsgesetzen wird ihm nicht zustehen. Was aber seine Zusammensetzung anbelangt, so fehlt heute noch der in der Verfassung vorgesehene Unterbau und es ist recht zweifelhaft, wann und wie dieser zustande kommt. Deshalb wird der Reichswirtschaftsrat ohne Berücksichtigung des fehlenden Unterbaues im wesentlichen so wie bisher zusammengefaßt. Den auf beschiedenen



Das Erwachen der Völkerschaft, die Europa unterwarf und ausbeutet, wird zur Schicksalswende Europas werden. Wenn jenen von Westen zivilisatorisch und geistig befruchteten Völkern auch die höllischen Seuchen: entarteter Nationalismus, Militarismus und Imperialismus in das Blut gedrungen, dann wehe, Europa! Doch wenn die gegenwärtigen nationalen Bewegungen in der Idee der sozialen Revolution münden, wenn Solidarität und gesellschaftliche Neuschöpfung zur Vereinigung mit Europas Proletariat führen, wenn ursprüngliche Kraft, stiftliche Kultur mit weislichem Intellekt und Industrialismus sich verbinden, dann wird die Welt den Anbruch einer Renaissance erleben, die nicht nur das morsche Europa, sondern die ganze Menschheit überwältigen, verjüngen wird.

H. H. Nygaard: „Gegenwartige“, Berlin 1923.

Kongressen zum Ausdruck gekommenen Wünschen der Arbeiter ist der Entwurf in einigen wichtigen Punkten gerecht geworden. So werden dem Reichswirtschaftsrat schon die Referentenentwürfe unterbreitet, ein Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustand, da bekanntlich heute und vom Kabinett bereits angemessene Entwürfe schon genehmert werden können. Des weiteren wird der Reichswirtschaftsrat das Recht der Gesetzesinitiative, also der selbständigen Einbringung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Vorlagen beim Reichstag ausüben können, ein Recht, das ihm im übrigen auch durch die Verfassung zugebilligt ist. Endlich wird der Reichswirtschaftsrat seine Gutachten vor dem Reichstag, dem Reichsrat oder deren Ausschüssen, allerdings nur auf deren Verlangen, mündlich erläutern können. Sehr bedenklich ist dagegen die Nachfülle, die sich die Regierung im Entwurf vorbehalten hat. Den Vorschlag in den Ausschüssen hat immer ein Vertreter der Reichsregierung zu führen, der freilich die Beratungen entscheidend beeinflussen kann. Beratungen des Reichswirtschaftsrates können nur mit Einwilligung der Reichsregierung abgehalten werden. Einsetzung von Untersuchungskommissionen, die über verschiedene Probleme Untersuchungen anstellen sollen, soll nur auf Initiative der Regierung oder, wenn zwei Drittel der ständigen Mitglieder des Reichswirtschaftsrates es verlangen, und mit Zustimmung der Regierung möglich sein. Für diese seine wichtigsten Aufgaben hat also der Reichswirtschaftsrat keine Selbständigkeit, sondern ist der Regierung ausgeliefert. Die Mitgliederzahl des neuen Reichswirtschaftsrates soll von 826 auf 126 verringert werden. Es werden aber auch nichtständige Mitglieder herangezogen werden. Bei der Behandlung des Entwurfs im Reichstag müssen die Vertreter der Arbeiter sehr darauf bedacht sein, die partiellistische Vertretung von Arbeitern und Internernern energisch durchzusetzen. Wenn auch im Entwurf die Zahl der Internernernvertreter ebenso hoch ist wie die der Arbeitervertreter (41), so ist doch trotzdem bei der Befragung der übrigen Gruppen, die von der Reichsregierung und öffentlichen Körperschaften bestellt werden, die Möglichkeit offen gelassen, daß sich das Verhältnis sehr zu ungunsten der Arbeitervertritt. Unter den Internernernvertretern fällt im Entwurf die außerordentlich starke Vertretung der Landwirtschaft auf, die ebenso viele Vertreter wie die Industrie in den Reichswirtschaftsrat entsendet, wie auf der andern Seite die zu geringe Vertretung der Genossenschaften.

Steuerpolitik gegen Konsumvereine.

Die Dresdner Steuerbehörden haben es fertiggebracht, den Konsumverein „Vorwärts“, Dresden, zur Gewerbesteuer heranzuziehen, obwohl das sächsische Gewerbesteuergesetz Konsumgenossenschaften und andere gleichartige Genossenschaften ausdrücklich von der Gewerbesteuer befreit wissen will. Das Dresdner Finanzamt forderte trotzdem die Steuer von „Vorwärts“, weil es in diesem großen Verein, der etwa 75 000 Mitglieder zählt, ab und zu einmal vorgekommen sein soll, daß auch Nichtmitglieder in den Warenabgabestellen Waren erhielten. Nachgewiesen

wurde gegenüber diesem Steuerberlangen, daß der Vorstand des Vereins alles Mögliche getan habe, um die Abgabe von Waren an Nichtmitglieder zu verhindern. Demgegenüber erklärte die Steuerbehörde in einer ebenso langen wie „originellen“ Begründung der Steuerpflicht, daß es manches in dieser Hinsicht gäbe, was die Vereinstätigkeit noch nicht eingeführt habe. Zum Beispiel stehe noch nicht ein Förstner am Eingange eines jeden Konsumvereinsladens, der Eintretenden in Bezug auf ihre Mitgliedschaft kontrolliere. Auch Lichtbilder seien noch nicht in die Mitgliedslisten gefolgt, die Identität des Zahlers klipp und klar erweise. Mit demotivierenden, dem praktischen Leben weit entfernten Begründungen suchte man eine Maßregel zu rechtfertigen, die sonst allerorts gewiß nur Kopfschütteln hervorgerufen hätte.

Man konnte glauben, daß mit dieser Art von Sucht, die Konsumvereine auf jeden Fall mit Steuern zu bedrücken, eine Höchstleistung erreicht sei. Doch das war ein Trugschluß. Die Dresdner Steuerbehörde hat sich mit einer neuerlichen gleichartigen Maßnahme selbst überworfen! Nachdem die Aktion mit der Gewerbesteuer gegen den „Vorwärts“ wenigstens vorläufig gestillt ist, muß der Dresdner Steuerfiskus offenbar der Arbeit bei dem Nicht-Denn nunmehr meldet er auch Ansprüche wegen Zahlung von Körperkraftsteuer beim Konsumverein „Vorwärts“ an! Auch hier trotz einer solchen Verlangen tritt entgegenstehenden Bestimmungen des Gesetzes!

Die Forderung nach Körperkraftsteuer ist aber auch noch aus einem andern als dem in dem Gesetz liegenden Grunde zur Zeit ganz unmöglich. Auf dem Gebiet des Wohnungswezens besteht noch Zwangsbevölkerung. Der Hausbesitzer kann nicht nach Belieben die Wohnungsinhaber kündigen und herausziehen. Da müssen ganz bestimmte und schwerwiegende Gründe — das Gesetz kennt deren nur wenige — vorliegen. Zu diesen Gründen zählt nicht der, daß die Bewohner eines Hauses, das dem Konsumverein gehört, Mitglieder dieses Vereins sein müssen. Die Dresdner Steuerbehörde fordert also dem Konsumverein „Vorwärts“ etwas, was er gar nicht erfüllen kann. So stellt sich diese neueste Steuermaßregel gegen den Konsumverein „Vorwärts“ nicht nur als eine äußerlich willkürliche, sondern auch höchst widerwärtige heraus. Es bleibt keine andere Annahme übrig als die, daß hier Konsumvereinsfeinde am Werke sind, die in der Steuerbehörde willige Diener finden. Wenn die Behörde auf der Suche nach Steuern andern Steuerpflichtigen gegenüber nur halb so viel Schärffinn aufzuweisen würde, wie sie dem Konsumverein antun werden läßt, dann würde das sicher lohnender und nützlicher sein.

Verurteilung eines Unternehmers wegen Maßregelung.

In Witten wurde am 31. August ein Lohnkampf im Baugewerbe durch eine Vereinbarung beendet, die unter andern folgenden Passus enthielt: „Maßregelungen aus Anlaß der Zeitaufnahme an den Arbeitskämpfen finden beiderseits nicht statt.“ Bei der Firma Johann Riffenerger war unser Kollege Konrad Hepting bis zum Beginn des Lohnkampfes als Zementeur beschäftigt gewesen. Nach Beendigung des Kampfes lehnte es die Firma ab, den Kollegen Hepting wieder als Zementeur zu beschäftigen. Sie war aber bereit, ihn als Hilfsarbeiter weiter zu beschäftigen und teilte dies der Baugewerkschaft Zutlingen in einem Briefe mit folgenden Worten mit: „Wenn Hepting so wenig Anstandsgemäß hat, daß er sich nicht schämt, als Hilfsarbeiter zu arbeiten, so kann er die Arbeit bei uns wieder aufnehmen.“ Darauf ging Kollege Hepting nicht ein, sondern er suchte sich anderweitig Arbeit. Für die Zeit der Arbeitslosigkeit klagte er gegen die Firma auf Zahlung des verlorengegangenen Arbeitslohnes im Betrage von 103,68 M. Das Gewerbegericht schloß sich der Auffassung des Klägers an. Besondere über den oben mitgeteilten Briefstelle sei die Absicht der Maßregelung erkennbar. Der Unternehmer wurde deshalb zur Zahlung der 103,68 M. an den Kläger und zur Ertragung der Kosten des Rechtszweites verurteilt.

Wie kann der Gewerkschafter sparen?

Die Frage, ob und wo der Gewerkschafter sparen soll, ist an dieser Stelle schon erörtert worden. Es erübrigt sich daher, auf die Notwendigkeit und die Pflicht des Gewerkschafters, nur bei der Arbeiterbank zu sparen, nochmals hinzuweisen. Die Organisationsarbeiten der Arbeiterbank sind jezt soweit gediehen, daß der Sparverkehr unmittelbar aufgenommen werden kann. Es soll nunmehr kurz erörtert werden, welche Wege der Gewerkschaftsfolgte einschlagen muß, um bei der Arbeiterparitätie sein Geld anlegen zu können.

Die gebräuchlichste Art ist die Einzahlung der Spargelder auf ein Sparbuch. Die Sparkasse der Arbeiterbank stellt an jedermann Sparbücher mit täglicher und monatlicher Kündigung aus. Zur Zeit beträgt der Zinssatz für täglich abhebbares Sparguthaben 6 % für monatlich kündbare Sparguthaben 8 % im Jahr. Einzahlungen auf Sparbücher können in folgender Weise vollzogen werden:

- 1. Einzahlungen werden in den Sparkassen der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin S 14, Marktstraße 65, von 9 bis 3 Uhr und 6 bis 7 Uhr, Sonntags von 9 bis 1 Uhr, außerdem in der Filiale in Sanktburg, Weidenbenderhof 67/69, entgegengenommen. Die Sparbücher werden in den einzelnen Sparten ausgehändigt.
- 2. Einzahlungen können ferner mittels der in den Ortsauschüssen beziehungsweise Ortsverwaltungten erhältlichen Postbescheidekarten auf das Postkontonto Berlin 3808 geleistet werden. Wenn ein Sparkonto noch nicht besteht, wird das neu angelegte Sparbuch den Sparern durch die Post überandt. Ist auf diesem Wege eine Einzahlung für ein bestehendes Konto gefolgt, so behält der Einzahler den Postbescheid als vorläufige Quittung. Die Entragung ins Sparbuch findet bei gelegentlichem Vorkommen in der Sparkasse, spätestens zum Jahresabschluss bei Gustavität der Zinsen statt.
- 3. Einzahlungen können auch bei den Ortsauschüssen und Ortsverwaltungten selbst geleistet werden.

sonders auch deshalb, weil es sich über unsere vertraglichen Bestimmungen hinweggesetzt hat mit der Bemerkung, Reichsrecht geht vor Landesrecht. Na, wenn es gegen die Arbeiter geht, dann ist Reichsrecht höher als Landesrecht. In politischen Dingen kennt man diesen Grundsatz nicht. Nun, unsere Kollegen werden es verstehen, sich gegen solche Schläge er folgerich zur Wehr zu setzen.

Schlagen-Rechtschick. Am 23. und 25. Oktober fanden in beiden Baugewerkschaften Vierteljahresgeneralversammlungen statt. Beide einjährig-jähriger Arbeiterbauarbeit stellte Kollege Richter im Geschäftsbericht die erfreuliche Tatsache fest, daß beide Baugewerkschaften sich wieder zu einflussreichen Interessensvertretungen der Bauarbeiter des bergischen Gebietes emporgearbeitet haben. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in beiden Baugewerkschaften nach der Auflösung am 14. April 1924 nicht mehr als ein reichliches Duzend Bauarbeiter dem Bunde die Treue gehalten hatten, so kann man ermaßen, unter welchen Voraussetzungen die Werberarbeit betrieben werden mußte. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. 515 Mitglieder scharen sich wieder als treue Mitarbeiter und Kämpfer um das Banner unseres Bundes. Über 5000 Wochenbeiträge wurden im 3. Quartal gezahlt. Die Kollegen haben erkannt, daß die Bauarbeiter ihre Lebenslage nur verbessern können, wenn sie den Deutschen Baugewerksbund zu einem Machtfaktor ausbauen, der dem konzentrierten Kapital im Baugewerbe als ebenbürtiger Gegner entgegenzutreten kann. Im Lager der „Ausgeschlossenen“, die sich borem als sehr geruchvolle „Revolutionäre“ bewegen, verkommt allmählich der kraftgeschwollte Ton. Sie können die Geister, die sie rufen, nicht los werden. Die aus dem Boden des Nationalsozialismus heraufgewachsene Pflanze verdort, noch ehe die ersten Früchte zu reifen beginnen. Ihre Einflusssphäre innerhalb der deutschen Bauarbeiterenschaft einsehend, propagieren sie die Arbeitervereinigung mit der Mutterorganisation. Die Lohnbewegungen in diesem Jahre im rheinischen und bergischen Gebiet zeigen deutlich, daß sich mit dem Wachsen des Baugewerksbundes die Widerstandskraft der Bauarbeiter des rheinischen Gebietes erhöhte. Der Erfolg der Bauarbeiter, die den bis dahin niedrigen Reallohn wenigstens halbwegs den Lebensverhältnissen anpassen, beweist, daß die Lebenslage der Bauarbeiter nicht durch radikale Forderungen, sondern nur durch Zusammenstoß und pflichtbewusste Mitarbeit innerhalb des Deutschen Baugewerksbundes gehoben werden kann. Von 80 $\frac{1}{2}$ auf 1,15 $\frac{1}{2}$ konnte der Stundenlohn für Facharbeiter im rheinischen und bergischen Gebiet erhöht werden. Ein Erfolg, dessen sich die organisierte Bauarbeiterchaft nicht zu schämen braucht. Deshalb, Bauarbeiter des bergischen Landes, kehrt zurück in den Deutschen Baugewerksbund. Das Internermerium rüht zu neuen Kämpfen. Es gilt, das Genommene zu verteidigen. Das ist am besten möglich, wenn der Baugewerksbund jeden noch arbeitslos stehenden Bauarbeiter als Mitglied und aufrechten Mitarbeiter gewinnt.

Aus den Fachgruppen. Glaser.

Berlin. Die Meisterbesammlungen im Berliner Glasergerwerbe kann jetzt während der Konjunkturzeit keine Beschäftigung im Bereiche finden. Am 1. Oktober waren noch 43 arbeitslose Glasergehilfen im Nachweise eingetragen. Bis zum 15. Oktober wurden nun einbezogen 68, zusammen 111 Gehilfen. Vermittelt wurden 52, so daß am 15. Oktober noch 59 Gehilfen arbeitslos waren, darunter 2 Weigler und 2 Glasmalen.

Cassel. Von hoher Werte wurde verkündet, am 1. Oktober solle ein allgemeiner Preisabbau geschehen. Dies war wieder mal eine Täufelung des Volkes, vielmehr steigen die Preise. Auch in Cassel war mit einem Stundenlohn von 90 $\frac{1}{2}$ nicht mehr auszukommen, weshalb unsere Kollegen seine Erhöhung um 10 $\frac{1}{2}$ forderten. In Rücksicht auf die jetzt nicht besonders günstige Lage im Glasergerwerbe wurde eine Zulage von 5 $\frac{1}{2}$ gewährt, womit wir uns vorläufig abfinden mußten. Danach beträgt der Lohn vom 3. Oktober an 95 $\frac{1}{2}$ die Stunde. Der Zusammenhalt der Kollegen in unserer Fachgruppe ist ein guter, aber trotzdem rufen wir allen Kollegen zu: wagt jederzeit dem Baugewerksbund die Treue und besucht regelmäßig die Versammlungen! Nur dann sind wir jederzeit gerüstet.

Leipzig. Wie wenig sojales Verständnis die Zünftler besitzen, hat hier die Glaser-Vorgangsinnung deutlich zum Ausdruck gebracht. Auf unsere eingehende Entschuldigungen, worin wir nochmals Lohnverhandlungen verlangten, teilten sie uns mit, in ihrer Versammlung seien unsere Forderungen mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Wenn in anderen ähnlichen Verufen Lohnzulagen geschehen, wollten sie auch etwas geben. Mit Enttäufung nahmen unsere Kollegen davon Kenntnis; verschiedene Redner verlangten sofort die Arbeitsentlassung. Die Versammlung beschloß jedoch, erst den Schlichtungsausschuß anzurufen. Aber auch dieser bekräftigt eine fernerzäre Ansicht, wie der am 21. Oktober gefällte Schlichtungsbescheid: Zudem das Glasergerwerbe parallel mit dem Holzgerwerbe läuft und beide in enger Konkurrenz miteinander stehen, kann das Glasergerwerbe aus dem Rahmen der Allgemeinheit nicht heraus. Vom 23. Oktober an werden auf alle Stellen der Löhne ein Zuschlag von 5 $\frac{1}{2}$ gewährt bis 31. November 1925. Wird bis zum 28. November nicht gefällig, so kann das Abkommen an jedem Donnerstags pflichtig angenommen. Unsere Kollegen haben diesen Schlichtungsbescheid angenommen, die Forderung hat ihn abgelehnt, worauf wir die Beschäftigtenentlassung beantragt haben. Also stellt diese 5 $\frac{1}{2}$ Zulage wollen die Innungsstellen abgeben. Einmal unsere Kollegen schon in manchen kleinstädtischen Zimmereien von 1,10 $\frac{1}{2}$ bis 1,15 $\frac{1}{2}$ haben. — Bei allen Entscheidungen werden die niedrigeren Stundenlöhne der Holzgerwerbe angeschaut, ohne zu beachten, daß der Glaser mehr als 10mal soviel Gehilfen beschäftigt wird als der Zimmerer. Doch ist er immer als Mittel zum Zweck.

Warum sind wir Gegner der Affordarbeit? Zu deren Bekämpfung mußten vor dem Arzene um Wochen, Wochen und in tausenden von Fabriken und Werkstätten die Affordarbeit abgelehnt oder für die Bezeichnung der Arbeiter genommen. Afford ist Wohl war in diesen Betrieben und Industrieen nicht nur ein bildlicher Ausdruck, sondern die gesundheitswidrigen Tendenzen der

Affordarbeit. Tatsächlich ist auch in der Affordarbeit nicht selten ein Still Selbstmord verhöpft. Dann kam der Krieg. Von normalen Arbeitsweisen oder -methoden konnte nicht mehr gesprochen werden. Ihm folgte der militärische Zusammenbruch, dessen Einwirkung wir in der Revolution miterlebten. Sofort verjudeten die organisierte Arbeiterchaft und ihre an die Spitze der Republik gelangten Führer, einen Teil der alten Forderungen (Schlufundenlag, Ausbau der Sozialgesetzgebung, Abschaffung der Affordarbeit) durchzuführen. Teilweise wurde die Affordarbeit kurzerhand dadurch abgelehnt, daß sich die Arbeiter weigerten, weiterhin Arbeiten im Afford auszuführen. Das Internermerium, von der Revolution in Angst und Schrecken veretzt, war zu manchem Opfer bereit. So konnte dann in vielen Fällen die Abschaffung der Affordarbeit durchgesetzt werden. — Seit dieser Zeit haben sich die Verhältnisse stark geändert. Das Internermerium hat sich von dem Schreden wieder erholt, es hat auch verstanden, aus den November-Ereignissen zu lernen und sich durch ständigen Ausbau seiner Organisationen, denen bald der letzte Kleinmeister angeschlossen sein dürfte, zu einem Machtfaktor im wirtschaftlichen Ringen mit der Arbeiterklasse aufzuschwingen. Nunmehr und insolge der sich immer mehr breitmachenden gewerkschaftlichen Gleichgültigkeit glauben die Unternehmer, bei allen Unterhandlungen die Wiedereinführung der Affordarbeit verlangen zu können. Die Begründung machen sie sich dabei leicht. Sie erklären: Soll Deutschland wieder wirtschaftlich hochkommen, der Auslandskonkurrenz gewachsen sein, und die Forderungen der Entente erfüllen, dann muß die Arbeitsleistung, aber auch die Arbeitsproduktivität, gehoben werden, was nur durch die Wiedereinführung der Affordarbeit und Verlängerung der täglichen Arbeitszeit möglich sei. Um der Arbeiterchaft die Affordarbeit schmackhaft zu machen, werden möglichst hohe Abschläge in Aussicht gestellt, den Arbeitern wird auseinandergerichtet, ihre Tätigkeit könne sich bei Wochen- oder Stundenlöhnen nicht wohl auswirken, außerdem müßten sie den Lohn der faulen Arbeiter mit verdienen. In Wirklichkeit soll die Arbeiterchaft durch Selbstausbeutung der Körperkraft, auch wenn sie dabei zugrunde geht, ihre Lebenslage verbessern, ohne den Profit der Kapitalisten zu gefährden. Es ist also Unsin, zu behaupten, die Affordarbeit bringe höhere Verdienstmöglichkeiten. Dies geschieht nur, wenn erhöhte Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und die Körperkraft des einzelnen gestellt werden. Hierzu aber sind die Zeitverhältnisse ganz besonders ungeeignet. Die große Mehrheit der Arbeiterchaft hat sich von den traurigen Lebensverhältnissen während des Krieges noch nicht erholt, besonders die durch Arbeitslosigkeit und Krankheit in Not geraten. Die fortschreitende Alterung, der die Löhne in keiner Weise folgen können, läßt es auch nicht zu, daß sich der Kräftezustand der Arbeiterchaft und ihrer Angehörigen bessert. Schon dies allein dürfte genügen, die Affordarbeit abzulehnen. Weiter kommt hinzu, daß die bei Affordarbeit übliche oder durch die Festsetzung der Affordhöhe notwendige Aufrechterhaltung von Installationsvorschriften und Schulvorschriften die Anfälle und das Glend vermehren. Die Affordarbeit führt weiter dazu, daß die Arbeiterchaft verarmt, was zum Lebensgebot für die Ertragskraft führt und dadurch zu einer Gefahr für die Bindungen wird. — Das Einkommen der Arbeiter ist heute viel zu niedrig; seine Erhöhung durch Wiedereinführung der Affordarbeit wäre ein ungeeigneter Weg. Die kapitalistische Gesellschaft hat die Menschen zu Sklaven des Internermeriums herabgewürdigt. Tausende gehen an Internermerierung zugrunde. Tausende fallen den Maschinen zum Opfer, weil der Profit heiliger ist, als das Menschentum. Nun möchte das Internermerium die Last der Arbeit und damit den Profit nach mehr steigern durch die Affordarbeit. Keine Rücksicht auf die Volksgesundheit hemmt den geplanten Ausbau an der Arbeitskraft des Volkes. Hiergegen muß die Arbeiterchaft Front machen! Ist gilt die Erhaltung der Arbeitskraft für die Zukunft mehr als die Kapitalistische Profit. Deshalb die Forderung: Abschaffung der Affordarbeit! B. Z.

Steinfeger.

Zittau. In der Fachgruppenversammlung am 24. Oktober gab Kollege Hermann von der Verwaltung der Baugewerkschaft Zittau Bericht über die Lohnverhandlung im Steinfegegerwerbe. In der Verhandlung mit dem Lohnausschuß der Steinfehmeister lehnten die Unternehmer alle Forderungen der Steinfeher und Hammer ab. Die Verhandlungskommission war daher gezwungen, die Lohnangelegenheit dem Schlichtungsausschuß der Kreisbauparitätsrat zu übergeben. In den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß war vom Verzichtstand der Kollege Lepelky erschienen, der die Forderungen mit aller Energie verteidigt. Nach längerem nutzlosen Verhandlungen fällte der Schlichtungsausschuß einen Schlichtungsbescheid, der die Löhne um 5 $\frac{1}{2}$ erhöht, mit Geltung bis zum 28. Februar 1926. Bemerkenswert war der Vorfall, daß der Demersiers der Steinfeher, der in den Vorverhandlungen erklärte: „Wir wissen, daß die Steinfeher eine Lohnerhöhung brauchen“, in der Schlichtungsberhandlung lehrte er aber jede Erhöhung ab. Die Versammlung der Steinfeher nahm den Schlichtungsbescheid an. Sie war sich darüber klar, daß die Arbeit im Steinfegegerwerbe im kommenden Winter nachläßt und ein Kampf aussichtslos ist. Um so mehr, weil noch nicht alle Kollegen wissen, daß nur die Organisation ausländische Löhne herausfordern kann. Der Steinfehmeier Klinge, Zittau, betonte bei den Verhandlungen, das Steinfegegerwerbe könne keine Lohnerhöhung ertragen; nachdem der Schlichtungsbescheid gefällig war, erklärte er: Wegen der 5 $\frac{1}{2}$ brauchte er nicht viermal nach Bangen zu fahren, die Fülle er sofort gegen. Man wird sich diese Leute zu Arbeitslosenkonjunktur merken müssen.

Stukkateure und Puger.

Olewin. (Deutschl.) In der am 18. Oktober abgehaltenen Fachgruppenversammlung wurde darüber gefast, daß von vielen Kollegen der Arbeitsnachweis nicht benutzt wird. Weder Internermerier noch Kollegen kümmern sich darum. Dadurch werden die im Nachweise eingeschriebenen Kollegen übergangen, was schon zu Meistereiern geführt hat.

Wir haben die Pflicht, unsere Beschäftigte hochzuhalten. Da der Arbeitsnachweis in Olewin ist, die Maßzahl der Kollegen aber in Weußen wohnt, wurde beschloffen, hier eine Zweigmeldestelle einzurichten. Deshalb gefast wurde über jene Maurer, die Studarbeit zum Maurerlohn für 80 $\frac{3}{4}$, anstatt für 1,45 $\frac{1}{2}$ die Stunde, ausführen. Wegen solche Schmutzkonkurrenz der eigenen Kollegen soll mit aller Schärfe vorgegangen werden. — Die schlechte Konjunktur in Deutsch-Oberhessen (es arbeiten nur zwei Kollegen) bedingt, daß die meisten unserer Kollegen in Polen arbeiten. Damit auch dort die Beziehung der Arbeitsstellen reibungslos geschieht, waren Kollegen aus Katowice angewand. Nach längerer Aussprache wurde als notwendig erkannt, daß die Obmannen beider Fachgruppen in ständiger Fühlung bleiben sollen, um das Solidaritätsgefühl trotz der unutilitären Grenzziehung hochzuhalten. Der Obmann ermahnte noch zur pflichtlichen Zahlung der Beiträge und Ertragsbeiträge.

Töpfer und Glaserleger.

Berlin. In letzter Minute noch wurde mit den Internermeriern im Ofenergerwerbe eine Einigung erzielt, nach der vom 17. Oktober an der Stundenlohn 1,50 $\frac{1}{2}$ beträgt und der Zuschlag auf den Affordtarif insgesamt 85 $\frac{1}{2}$ ausmacht. Die bisherigen Richtlinien für die Hilfsarbeiter bleiben bestehen. Das Lohnabkommen hat Geltung bis zum 31. März 1926. Die Sperre über Berlin ist aufgehoben.

Braunfels. Einem Vergleichsbescheid der Internermerier vor dem Schlichtungsausschuß haben unsere Kollegen zugestimmt. Vom 1. Oktober an erhalten die Ofener 1,25 $\frac{1}{2}$, die Hilfsarbeiter 92 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Vom 15. Oktober an erhöhen sich diese Sätze auf 1,30 $\frac{1}{2}$ und 93 $\frac{1}{2}$.

Burg bei Magdeburg. Die Firma Ofenbaugesellschaft Karl Wilmann besteht aus dem Vater und 3 Söhnen. Der eine Sohn ist stellungloser Kaufmann, der zweite Topfermeister, der dritte Student der Rechte. Die Firma selbst will sich erst entwickeln, und zwar aus den Knochen der Gesellen; es soll in Afford geschüttert werden. Von tariflicher Entlohnung ist nicht die Rede. So erhielt ein Kollege aus Kiel 65 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Ein anderer junger Kollege aus Lübeck bekam 80 $\frac{1}{2}$ die Stunde. Nach einer sechsjährigen ständigen Arbeitszeit über Land erhielt er 7,85 $\frac{1}{2}$ ausbezahlt mit der Begründung, er könne nichts. Dieses Manö an Leistungsfähigkeit wurde erst nach einer Arbeitsdauer von 15 Wochen entbedt. Ein jugendlicher Arbeiter von 16 Jahren mußte beim Fußbodenlegen in einer Mäderei 20 Stunden des Nachts arbeiten, dafür erhielt er nichts, mit der Begründung, er sei Lehtling und bekäme im Krankheitsfalle den vollen Lohn von 6 $\frac{1}{2}$ die Woche. Nach 4 Wochen wurde er dann entlassen und erhielt für 3 Tage 85 $\frac{1}{2}$. Als der Vater des Jungen sich das nicht gefallen ließ, gab es noch 1 $\frac{1}{2}$ zu. Der Kaufmann des Geschäftes verlangt von einem Ofener, in 20 Stunden einen altenbühnen Ofen umzugeben, in der Größe 4 $\frac{1}{2}$ ×3×7, mit Sadel, Fußtims, Aufschlußgeräten, von der Größe zu heizen, Schmelzsteinen und durchgehende Wöche einbauen, mit Wand durchbrechen. Das Heben der Fertigkeit ist streng verpönt, was daran erinnert, wird sofort entlassen. In diesen Falle ist jetzt der Klageweg beschritten worden. Das Reichsbannerabzeichen ist gleichfalls herpönt, zugelassen sind nur die vom Schlichter oder ähnliche. Es gibt aber auch Beisag. Der schon erwähnte Kollege aus Kiel wurde im Haus für den zweiten Sohnes der Firma von zwei Söhnen überfallen und mißhandelt. Der scheinbare Student dachte dabei, ihn niederzujuchen. Diese Geschichte ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Der Student bezug auf in anderer Weise seine höhere Bildung. So nannte er einen Gesellen Papunenläus. Alle diese Vorkommnisse sind eine Folge der zerstückelten Organisationsverhältnisse unter den Kollegen dieser Firma. Ehrenspende jedes Kollegen muß es sein, solche „Mutterfirmen“ recht weit links liegenzulassen.

Genuß. (Fleienleger.) Hier wurde nach einem dreitägigen Streit ein verbesserter Fleienlegertarif abgeschlossen. Dortmund. (Fleienleger.) Hier fand am 4. Oktober eine Fleienlegerkonferenz statt, die eine Kommission eingeseht hat, die Vorschläge und Richtlinien für die Arbeitsbedingungen der Fleienleger auszuarbeiten soll. Diese Kommission hat am 18. Oktober in Bodum getagt. Ihre Vorschläge sind den Sektionen unterbreitet worden.

Hann. Nachdem sich die Firma Rosche und Schröder längere Zeit gekämpft hat, den Vertrag für Ofener anguerkennen, hat sie nunmehr den Vertrag anerkannt und untergeschrieben. Die Sperre für Ofener ist deshalb aufgehoben. **Neumünster.** Der Internermerier E. n. J. S. d. r. verlangt von der Meisterei des „Grundstein“ eine Verichtigung. Aus seinem Schreiben geht aber nicht hervor, was die Verichtigung sollen. Das einzige Erwähnenswerte aus dem Schreiben wurde, daß Harder behauptet, alle bei ihm Beschäftigten seien im Verbandsorganisiert und erhielten die ortsüblichen Tariflöhne. Ob dies der Fall war, als die von Harder beantragte Notiz im „Grundstein“ (Nr. 41) veröffentlicht wurde, sagt er nicht. Wir werden auf den Fall erst dann näher eingehen, wenn uns ein Bericht über Harder aus dem Baugewerkschaft Neumünster vorliegt.

Sand. arbeit. Eisen u. Stahlwerke und bauende Beschäftigung. **Düsseldorf.** „Mutter“ West-Münster Nachh. Zifferverrechnung. **Kassel** und **Städtungsformier** stellt ein Hans Goebel, Städtungsberger Schmelzofenmeister, Städtungsberg in Schießen, Geschäftsstelle. **Perleke** Töpfer werden für dauernde Arbeit sofort von den Glasergerwerbern Porzellan- und Steinfabriken Wied & Co., Glasergerwerb, eingekleidet. (Arbeitslosentlassene Staatsbürger und Kollege deontant.) **Münster.** Die Nachfrage nach Ofenern ist gedact.

Widder. Der Ofener stellt ein Franz Goebel, Glasergerwerb, Städtungsberg in Schießen, Sand 44.

Mehrere städtige städtische Arbeiter. **Schönau** & **Städtungsberg** und **Towarenfabrik**, Veginn.

Vom Bau.

Duisburg. Am 15. Oktober stürzte infolge Rekrutierung unser Kollege Bau-Meister Hermann Ziller am Neubau des städtischen Städtungsberns in der Vohlfahrtstraße aus beträchtlicher Höhe ab. Der Wundungslücke zog sich dabei schwere innere Verletzungen zu, so daß er ins Krankenhaus geschickt werden mußte. **Olewin.** Am 23. Oktober stürzte in Sinsendburg, Kirchstraße, bei dem Umbau der Turnhalle ein Gerüst wegen Verwindung zu schwacher Mannbröt ein. Das Ge-

